Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen
Der Minister

Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herr André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40211 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/1912

A19

1. April 2019

Dr. Edgar Voß
Telefon 0211 837-2370
Edgar.voss@mkffi.nrw.de

Sitzung des Ausschusses für Integration am 3. April 2019

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

für die o.g. Sitzung des Integrationsausschusses bin ich im Zusammenhang mit dem Plenarantrag „Islam in Nordrhein-Westfalen: Interreligiösen Austausch intensivieren – Dialog mit Musliminnen und Muslimen auf eine neue Grundlage stellen“ um Auskunft gebeten worden.

Diesem Wunsch komme ich gerne nach und übersende hiermit zur Information der Mitglieder des Ausschusses den erbetenen schriftlichen Bericht.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Stamp

Dr. Joachim Stamp

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Haroldstraße 4
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-02
Telefax 0211 837-2200
poststelle@mkffi.nrw.de
www.mkffi.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien
706, 708, 709
Haltestelle Poststraße

Bericht des Ministers für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration zum Antrag „Islam in Nordrhein-Westfalen: Interreligiösen Austausch intensivieren – Dialog mit Muslima und Muslimen auf eine neue Grundlage stellen" und zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle „Muslimisches Engagement in NRW"

Sitzung des Integrationsausschusses am 3. April 2019

Die Landesregierung hat sich die Neuausrichtung der Zusammenarbeit mit den organisierten Musliminnen und Muslimen zur Aufgabe gemacht. Diese Neuausrichtung hat mehrere Dimensionen. Sie ist sowohl inhaltlicher als auch struktureller Art, und sie bezieht sich auf die Dialogpartner selbst, deren Kreis erheblich erweitert werden soll. Der Koalitionsvertrag von 2017 gibt dafür die Richtung vor. Die darin formulierten Absichten sind, die Dialogarbeit mit den muslimischen Verbänden auf eine neue Grundlage zu stellen und sie gleichzeitig stärker handlungsorientiert auszurichten. Der vorliegende Bericht beschreibt das Konzept der Neuausrichtung der Dialogarbeit, insbesondere mit Blick auf die neu zu schaffende Koordinierungsstelle „Muslimisches Engagement in NRW". In Anlehnung an den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP skizziert er auch, welchen Beitrag die neue Struktur zum interreligiösen Austausch und zum Wertedialog, auch mit Blick auf die Gruppe der Geflüchteten, leisten kann.

Die bisherige Zusammenarbeit der Landesregierung mit dem organisierten Islam konzentrierte sich auf den Dialog mit dem alevitischen Verband AABF sowie den im Koordinationsrat der Muslime (KRM) zusammengeschlossenen, durchweg konservativen und größtenteils türkisch geprägten Islam-Verbänden DITIB, VIKZ, Islamrat und ZMD. Den organisatorischen Rahmen des Dialogs der Landesregierung mit den Islamverbänden bildete von 2013 bis 2017 das sogenannte dialog forum islam (dfi).
Nach dem Wegfall dieser Struktur soll künftig eine größere Bandbreite muslimischer Verbände, Organisationen und Initiativen einbezogen werden - sowohl in den Dialog als auch in die konkrete Zusammenarbeit. Dabei sollen sowohl die Vielfalt muslimischer Glaubensrichtungen als auch die Vielfalt des gesellschaftlichen Engagements von Musliminnen und Muslimen stärker berücksichtigt werden.

Die Spannbreite der sich primär als religiös verstehenden Zusammenschlüsse umfasst die verschiedenen Glaubensrichtungen des Islam. Religiöse Zusammenschlüsse sind plural im Hinblick auf die jeweilige konfessionelle Ausrichtung, die religiöse Praxis und das individuelle religiöse Selbstverständnis der Menschen. Die Bandbreite reicht von konservativen bis hin zu liberalen Zusammenschlüssen. Neben dem alevitischen Verband AABF und den sunnitischen Verbänden des Koordinationsrates der Muslime (VIKZ, Islamrat, ZMD und DITIB) werden künftig auch Verbände der Schiiten, der Ahmadiyya, des sufistischen Islam und weiterer Glaubensgemeinschaften in den Dialog einbezogen. Auch herkunftslandbezogene Zusammenschlüsse mit religiöser Ausrichtung, wie die IGBD der Bosniaken, die UIAZD der Albaner und das BMG der Marokkaner, sollen in den Dialog einbezogen werden. Der Liberal Islamische Bund und die Muslimische Religionsgemeinschaft NRW sind Beispiele für muslimi-

sche Zusammenschlüsse liberaler Prägung, mit denen die Landesregierung den Dialog ausbauen wird.

Neben religiösen Zusammenschlüssen bilden sich in NRW zunehmend muslimische Verbände, Vereine und Initiativen heraus, die nicht in erster Linie religiös ausgerichtet sind. Musliminnen und Muslimen sind heute nicht nur in religiösen Vereinen, sondern in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern engagiert. Zwar dominieren rein quantitativ die religiösen Zusammenschlüsse von Muslimen, doch darf dabei nicht übersehen werden, dass die muslimische Vereinslandschaft heute sehr viel stärker ausdifferenziert ist als noch zu Beginn der 2000er Jahre. Muslimische Berufsverbände, Akademikervereine, Frauenbündnisse, Umweltinitiativen, Behindertenvereine, Kunstvereine, Jugendverbände und Dialogplattformen von Muslimen sind nur einige Beispiele, die deutlich machen, dass muslimisches Engagement weit über die Religionsausübung und -pflege hinausgeht. Die Landesregierung wendet sich deshalb ganz gezielt an ein breites Spektrum muslimischer Organisationen – sowohl an die bewährten Kooperationspartnerinnen und -partner als auch an bisher nicht berücksichtigte Verbände und neue Zusammenschlüsse. Liberale, weltoffene, gesellschaftlich engagierte Vereine und Initiativen sollen stärker in den Blick genommen werden. Die Landesregierung verfügt bereits heute über eine Vielzahl entsprechender Kontakte in die muslimische Community, die genutzt und ausgebaut werden sollen.
Bei der Einbindung eines solch breiten Spektrums muslimischer Akteure in die Arbeit der Landesregierung handelt es sich um eine Innovation im Vergleich zu früherem Regierungshandeln.

Um dem Anspruch einer umfassenden Neuausrichtung der Dialogarbeit mit den Musliminnen und Muslimen gerecht zu werden, bedarf es einer arbeitsfähigen Organisationsstruktur, aus der heraus dieser Prozess begleitet, gesteuert und gestaltet werden kann. Diese Aufgabe soll die neu zu schaffende Koordinierungsstelle „Muslimisches Engagement in NRW“ wahrnehmen. Diese Struktur soll an das MKFFI angebunden werden und im Geschäftsbereich des Referates 422 (Muslime in NRW, IMAG Salafismusprävention) liegen.

Die Koordinierungsstelle soll eine „zeitgemäße“ Dialogarbeit ermöglichen, indem sie

- einen großen Kreis muslimischer Akteure einbindet,
- liberale und weltoffenen Akteuren eine Plattform bietet,
- über den rein formalisierten Dialog hinausgeht und stärker praxisorientiert ist
- innermuslimische Aushandlungsprozesse stärkt,
- die Lebenswirklichkeit von Muslimen in den Blick nimmt,
- gesamtgesellschaftliche Fragestellungen aufgreift,
- Expertenwissen nutzt,
- Maßnahmen und Projekte zum Empowerment fördert,
- die Interessen der Musliminnen und Muslime in den Kommunen stärker in den Blick nimmt und
- Vernetzung ermöglicht.

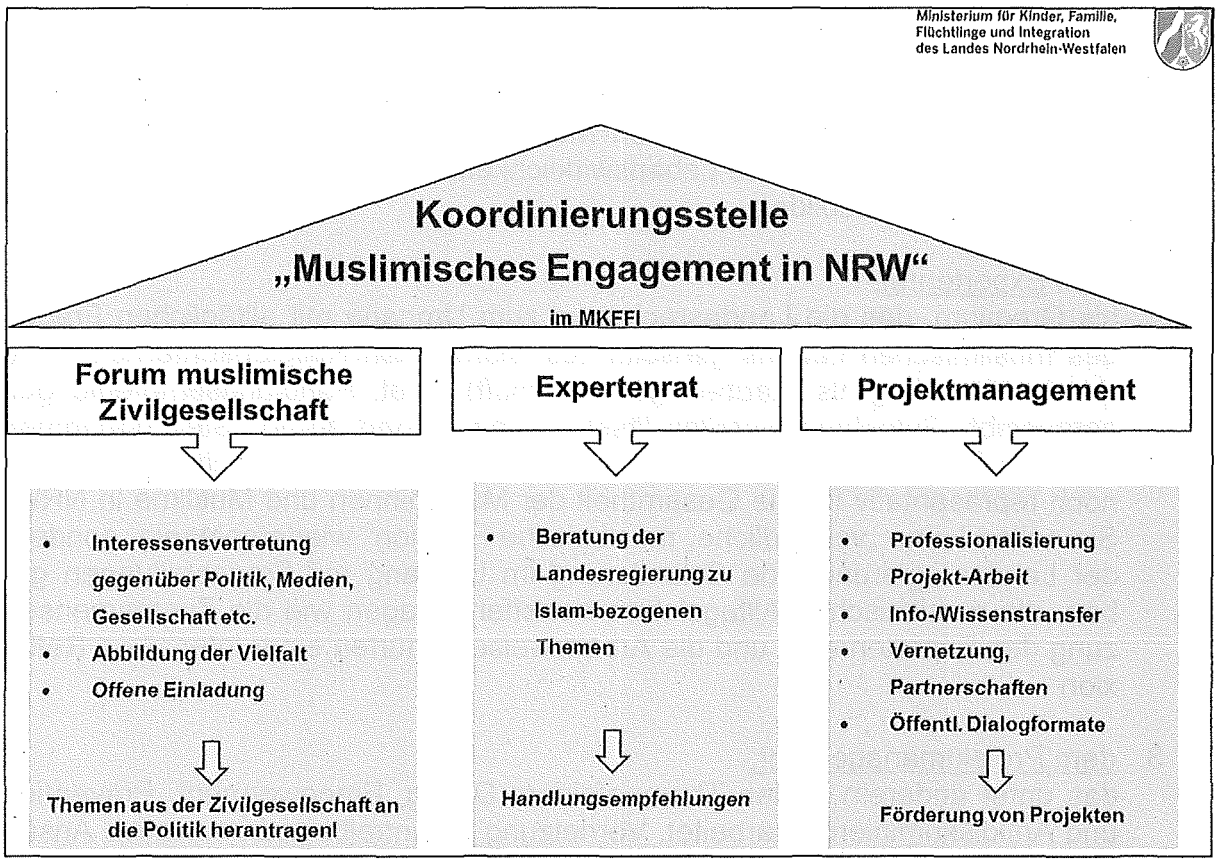
Die Abteilung Integration arbeitet vor diesem Hintergrund an einem Konzept, das auf drei Säulen fußt:

1. dem Forum muslimische Zivilgesellschaft,
   als Plattform für den innermuslimischen Dialog, Themen aus der muslimischen Zivilgesellschaft können an die Landesregierung herangetragen werden. Hier soll ein möglichst großer Kreis an muslimischen Akteurinnen und Akteuren teilnehmen können, um die Lebenswirklichkeiten von Muslimen mit einen großen Spektrum abzubilden.

2. dem Expertenrat,
   als Gremium, das die Landesregierung zum Umgang mit alltäglichen Fragen des muslimischen Lebens (jenseits des Islamischen Religionsunterrichts und der Anerkennung als Glaubensgemeinschaft) berät, Handlungsempfehlungen herausgibt, Gutachten erstellen lässt und bei Bedarf ad-hoc Stellungnahmen verfasst. Die Empfehlungen des Expertenrates sind weder rechtlich bindend, noch repräsentativ für die Gesamtheit der Musliminnen und Muslime in NRW. Sie sollen keine „verbindliche, muslimische Position" wiederspiegeln, sondern der Landesregierung eine Orientierung im Umgang mit Fragestellungen geben, die muslimisches Alltagsleben betreffen. Fragen wie die Zusammensetzung des Expertenrates und die Arbeitsweise bedürfen einer intensiven Reflexion.

3. dem Projektmanagement,
   das unter anderem in den Themenfeldern Dialog, Empowerment, Prävention und Antidiskriminierung arbeitet, Vernetzung vorantreibt und innovative Ansätze zum Empowerment von Muslimen durch Projektarbeit entwickelt.

Die Schaffung einer Koordinierungsstelle „Muslimisches Engagement in NRW" wird in 2019 aus bereiten Mitteln (einschließlich Stellen) des MKFFI finanziert. Die regierungstragenden Fraktionen CDU und FDP haben in den Haushalt 2019 in Kapitel 07 010 Titel 422 01 zwei Planstellen (je einmal Laufbahn 2.1 und 2.2) für die Schaffung einer Koordinierungsstelle eingebracht. Die Stellen wurden ausgeschrieben.



Das Spektrum der muslimischen Vertreter/Mitglieder/Mitwirkenden ist möglichst breit angelegt und bezieht sich auf alle Aufgabenfelder (Forum, Expertenrat, Empowerment-Ansätze) der Koordinierungsstelle. Die Spannbreite reicht wie oben beschrieben von konservativen bis hin zu liberalen Zusammenschlüssen aber auch solchen Organisationen, die sich nicht primär über den Glauben definieren.
Vor allem Forum und Expertenrat sollten maximal inkludierend ausgerichtet sein. Der Dialog und die Teilhabe muslimischer Bürgerinnen und Bürger gewinnen dadurch an Offenheit und es werden Chancen zur Begegnung auf Augenhöhe eröffnet. Je mehr Beteiligte in den Dialog einbezogen werden, desto höher ist der zu erwartende Zuspruch bzw. Akzeptanz der muslimischen Akteure.

Gleichzeitig soll der Prozess der innermuslimischen Meinungsbildung und Positionsbestimmung unterstützt werden. Dieser ist umso anspruchsvoller je mehr Beteiligte im Dialog mitarbeiten. Dies gilt umso mehr, je heterogener die einbezogenen Gruppierungen sind – bezogen auf ihr Religions- und Selbstverständnis, ihrer Herkunftslandbezüge und ihrer gesellschaftspolitischen Ziele.
Auch konservative Zusammenschlüsse sollten einbezogen werden. Die Schwierigkeit wird vor allem darin bestehen, die verschiedenen Gruppierungen an einen Tisch zu bringen und zur Zusammenarbeit zu motivieren. Wichtig vor diesem Hintergrund ist die Schaffung von Vertrauen, um eine gesellschaftliche Spaltung und Separierung muslimischer Verbände entgegen zu treten.
Die muslimischen Akteure wurden eingeladen, den Aufbau der Organisation mitzugestalten und sind aufgefordert den Entwicklungsprozess aktiv und konstruktiv zu begleiten.

In den letzten Monaten hat die Abteilung Integration intensive konzeptionelle Vorarbeiten geleistet. Sie hat in mehreren Expertengesprächen sowohl mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als auch mit muslimischen Verbänden die Neuausrichtung der Dialogarbeit des MKFFI vorgestellt und diskutiert. Zu den vom MKFFI konsultierten Expertinnen und Experten gehörten Prof. Dr. Mouhanad Khorchide, Prof. Dr. Dirk Halm, Prof. Dr. Haci Halil Uslucan, Prof. Dr. Riem Spielhaus, Dr. Kerstin Rosenow-Williams und Dr. Dina El Omari.

Im Anschluss an die Expertengespräche fanden mehrere Gesprächskreise mit muslimischen Verbänden statt, sowohl mit den im Koordinationsrat der Muslime zusammengeschlossenen (konservativen) muslimischen Verbänden, als auch mit einer Reihe weiterer Verbände, die einen festen Platz in der muslimischen Verbandslandschaft haben, aber bisher eine untergeordnete Rolle in der Dialogarbeit des MKFFI spielten, darunter:

Liberal Islamischer Bund (LIB)
Schiitische Gemeinschaft Deutschland (IGS)
Islamische Gemeinschaft der Bosniaken Deutschland (IGBD)
Union der islamisch-albanischen Zentren Deutschland (UIAZD)
Bündnis Marokkanische Gemeinden (BMG)
Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ)

In einer großen Runde von Verbandsvertretungen Ende Januar 2019 wurden erstmals alle Verbände, mit denen in den vergangenen Monaten Gespräche über die Neuausrichtung der Dialogarbeit geführt worden waren, an einen Tisch gebracht, um gemeinsam den aktuellen Stand der konzeptionellen Überlegungen zu der neuen Koordinierungsstelle „Muslimisches Engagement in NRW" zu beraten. An dem Treffen nahmen alle KRM-Verbände teil, auch DITIB. Während der Liberal Islamische Bund (LIB) aus terminlichen Gründen absagte, nahmen an dem Gespräch auch die Vertretungen der Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ), der Islamischen Gemeinschaft der Schiiten (IGS), der Islamischen Gemeinschaft der Bosniaken Deutschland (IGBD) sowie der Union der islamisch-albanischen Kulturzentren Deutschland (UIAZD) teil. Die Verbände berieten gemeinsam über das Konzept der Koordinierungsstelle. Besonders kontrovers wurden die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des geplanten Expertenrates diskutiert.

In Bezug auf die Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen wird es künftig darum gehen, die Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Akteuren auszubauen und sie in den Prozess einzubeziehen. Nach den Osterferien wird die Abteilung Integration ein weiteres Expertengespräch mit den Vertretungen zivilgesellschaftlicher Organisationen von Musliminnen und Muslimen führen.

Die antragstellendenden Fraktionen der CDU und der FDP fordern mit Blick auf die religiöse Vielfalt in Nordrhein-Westfalen, den Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen zu stärken. Einen Beitrag dazu soll die neu zu schaffende Koordinierungsstelle „Muslime in NRW" wahrnehmen. Durch sie soll nicht nur der innermuslimische Austausch, sondern auch der interreligiöse Dialog angestoßen werden. Diesen Dialog halten die Fraktionen der CDU und der FDP für die friedliche und konstruktive Gestaltung des Zusammenlebens in einer pluralen Gesellschaft für unverzichtbar. Auch um religiösem Extremismus, religionsbezogener Dis-

kriminierung und religionsfeindlicher Gewalt begegnen zu können, soll der interreligiöse Dialog gestärkt werden. Die Fraktionen haben hierbei neben antisemitischen, islam- und christenfeindlichen Angriffen auch die Verknüpfung von Religion und Nationalismus im Blick. Laut Antrag soll diesen negativen Einflüssen auf das Zusammenleben der unterschiedlichen Religionen und Kulturen in Nordrhein-Westfalen durch die Stärkung des interreligiösen Dialogs entgegengewirkt werden.

Es gibt bereits eine Vielzahl muslimischer Initiativen und Formate, die sich dem interreligiösen Dialog widmen. Die Koordinierungsstelle kann einen Beitrag dazu leisten, diese Entwicklung zu unterstützen. Von ihr können Impulse, Ideen und Aktivitäten ausgehen, die auf eine Intensivierung des interreligiösen Dialogs ausgerichtet sind. Dies kann in Richtung einer Unterstützung bestehender Projekte oder durch die Zusammenführung von Ansätzen geschehen. Zu beachten ist dabei, dass die originäre Zuständigkeit für den Interreligiösen Dialog bei der Staatskanzlei liegt. Bei der Zusammenarbeit der Ressorts im Bereich des interreligiösen Dialogs sind die jeweiligen Verantwortlichkeiten in den Aufgabenfeldern „Muslime, Islam und Interreligiöser Dialog" zu berücksichtigen.

Auch die Forderung der antragstellenden Fraktionen, Fragen der Integration von Flüchtlingen und der Wertevermittlung in die Neuausrichtung der Dialogarbeit einzubeziehen, ist aus fachlicher Sicht berechtigt. Geflüchtete sind nicht nur eine Zielgruppe der Dialogarbeit, sondern mittlerweile auch potenzielle Dialogpartner. Sie haben sich in den vergangenen Jahren Vereinen angeschlossen oder in Eigenverantwortung Zusammenschlüsse gegründet. Es wird in der Arbeit der Koordinierungsstelle „Muslimisches Engagement in NRW" also einerseits darum gehen, die von Flüchtlingen initiierten Vereine und/oder Projekte einzubeziehen als auch stets die besonderen Bedürfnisse und Bedarfe der Gruppe der (muslimischen) Geflüchteten und Zugewanderten mitzudenken und in konkrete Projekte und Vorhaben einzubinden. Dabei soll die Vermittlung von freiheitlich-demokratischen Werten und Rechten eine besondere Rolle spielen. Auch der Dialog über eine gemeinsame Wertebasis der Religionen kann durch die Arbeit der Koordinierungsstelle angestoßen werden.

Am 01.07.2019 soll die Koordinierungsstelle „Muslimisches Engagement in NRW" offiziell ihre Arbeit aufnehmen. An diesem Datum wird auch die Eröffnungsveranstaltung zu der Neustruktur stattfinden. Geplant ist eine Tagung mit 100 bis 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die Verantwortung in muslimischen Zusammenschlüssen, von großen Verbänden über Vereine bis hin zu neuen Initiativen, tragen. Die Veranstaltung ist mit Experten/innen-Inputs, Podium und Workshops konzipiert und wird als eintägige Veranstaltung geplant. An der Veranstaltung werden sowohl Minister Dr. Stamp als auch Staatssekretärin Güler teilnehmen.